

## Mitteilung des Senats

vom 18. August 1911.

### Vergrößerung der Kanzleiräume für das Amt in Bremerhaven.

Das Amt Bremerhaven hat dem Senate schon im Jahre 1910 berichtet, daß die Kanzleiräume im Amtshause — Kanzlei, Kasse und Registratur — zur Unterbringung des Kanzleipersonals, des Büromaterials und der Akten nicht mehr genügen.

In der aus zwei nach dem Hafen zu belegenen Zimmern bestehenden Kanzlei arbeiten zurzeit der Bürovorsteher, ein Kanzlist, ein Kanzleigehilfe und acht Schreiber. Außer den für diese Personen erforderlichen Tischen und Pulten stehen darin vier Schränke und vier Reolen für Journale, Formulare, Büromaterial, Grundbuch- und Zivilstandsregister und Bücher. Die starke Belegung dieser Räume behindert den in ihnen herrschenden regen Verkehr des Publikums; sie ist vom hygienischen Standpunkte nicht einwandfrei. Eine ausreichende Lüftung der Räume läßt sich vor allem im Winter, wenn geheizt wird und alle Gasflammen brennen, nicht schaffen; ein Teil des Personals entbehrt des genügenden Tageslichtes.

Für die Räume der Kasse, welche aus einem kleinen und einem mittelgroßen Raume bestehen, ergeben sich die gleichen Mißstände in noch größerem Maße. Mit der Kasse ist das Fundbureau verbunden. In dem mittelgroßen Raume sind vier Personen — ein Rendant, ein Kanzleigehilfe, zwei Schreiber — untergebracht, daneben an Inventar die erforderlichen Tische und Pulte, ein Zahltresen und Aktenschränke. In dem kleinen Nebenraume befinden sich ein großer Geldschrank, ein Zählisch für den Rendanten und die Schränke für die Fundsachen. Durch die Enge der Räume ist der Verkehr der Beamten und die Abfertigung der die Kasse und das Fundbureau aufsuchenden Personen sehr erschwert.

Die Räume der Registratur bestehen aus einem mittelgroßen und einem kleinen Zimmer. In diesen Räumen, welche mit Aktenschränken, Reolen und Tischen besetzt sind, arbeiten vier Personen (ein Kanzlist und drei Schreiber). Das Arbeiten in diesen engen Räumen, in welchen sich viel Aktenstaub entwickelt, ist ungesund. Die Räume reichen zudem zur Unterbringung der Akten nicht mehr.

Neben dem Straßeneingange befinden sich noch zwei kleine Räume, von denen der eine als Warteraum für das Publikum, der andere als Telephonzimmer verwendet wird. In dem Warteraum sind ein Schreiber, welcher das Telephon zu bedienen hat, und ein Schutzmann für den inneren Dienst untergebracht.

Außerdem ist noch hinter dem Treppenhause ein kleiner Raum mit schlechten Lichtverhältnissen, welcher zur Unterbringung eines großen Schrankes für Geheim- und Personalakten, Urkunden über Grundstücke (Kaufverträge usw.), zur Stapelung des Jahresbestandes des Büromaterials, zur Reinigung der Schreibmaschinen u. a. verwendet wird und für diese Zwecke unentbehrlich ist.

Die Lage der Räume und die Art ihrer Belegung ergibt sich aus der angeschlossenen Zeichnung.

Zur Hebung der Mängel hat das Amt eine Vergrößerung und Vermehrung der Räume und eine Umlegung der Dienststellen vorgeschlagen und zwar durch einen etwa 6 m langen Anbau nach dem Garten zu in Verlängerung der jetzigen Kassenräume und einen Umbau der Räume zu ebener Erde unter Fortfall des Straßeneinganges.

Die beigelegte Zeichnung ergibt die Einzelheiten des Vorschlages. Sie macht für die neu zu schaffenden Räume Maße ersichtlich, welche die Annahme rechtfertigen, daß diese Räume auf eine Reihe von Jahren hinaus den Ansprüchen genügen werden.

Die Zeichnung ergibt zugleich die beabsichtigte Verwendung der Räume nach ihrer Fertigstellung.

Anlage 1.

Anlage 2.

Der Fortfall des einen Straßeneinganges dürfte bei den zwingenden Verhältnissen um so weniger Bedenken erregen, als der Zugang durch den breiten überdeckten Gang zwischen dem Amtshause und dem Polizeigebäude dem Verkehr beider Gebäude genügen wird.

Anlage 3.

Nach dem anliegenden Kostenschlag ist der Umbau für 7500 M auszuführen.

Da aber das jetzt gebrauchte Inventar zum großen Teil seit Jahrzehnten im Gebrauch und abgängig ist, muß es durch neu anzuschaffendes ersetzt und vervollständigt werden. Dazu sind laut Anschlag Anlage 3 weitere 3100 M erforderlich.

Bei Bearbeitung des vorliegenden, vom Amte entworfenen Umbauprojekts durch die Hochbauinspektion hatte diese vorgeschlagen, statt des Anbaues nach dem Garten einen Teil des jetzigen Wirtschaftsgebäudes in Kanzleiräume umzubauen und auf dem Dachboden darüber Räume zur Unterbringung von Akten, Fundachen und Affervaten zu schaffen, ein Umbau, der gleichfalls für 7500 M auszuführen wäre. Zweifellos hätte eine solche Lösung gewisse Vorzüge gehabt, namentlich die Luft- und Lichtzuführung zu den Kanzleiräumen noch mehr verbessert. Das Amt hat aber dagegen u. a. geltend gemacht, daß dann Räume in Beschlag genommen würden, die für eine Ausdehnung der Kriminalpolizei zur Verfügung bleiben müßten, daß ferner eine Werkstatt des Gefangenaufsehers verlegt werden müßte und daß die im Dachgeschoß vorgesehenen Räume für Affervate zu klein und wegen der Enge der Treppe für große Affervate kaum zugänglich sein würden.

Da der Senatskommissar bei den Hafenstädten den Bedenken des Amtes beigetreten ist, und sich die Baudeputation, Abteilung Hochbau, danach mit dem Projekte des Amtes einverstanden erklärt hat, ersucht der Senat die Bürgerschaft, dem vorgeschlagenen Umbau auch ihrerseits zuzustimmen und einverstanden zu sein, daß

- |                                                  |   |         |
|--------------------------------------------------|---|---------|
| 1) für Bauarbeiten.....                          | M | 7 500,— |
| 2) für Anschaffung von Inventargegenständen..... | " | 3 100,— |

zusammen M 10 600,—

auf das Budget für 1911 „Außerordentliche Ausgaben“, Titel „Bauten und Anlagen“ nachbewilligt und die Baudeputation, Abteilung Hochbau, mit der Ausführung des Baues und der Beschaffung des Inventars beauftragt werde.

Die Finanzdeputation hat keine Bedenken.

Da im dienstlichen Interesse es erwünscht ist, die Änderungen baldigst herzustellen, wird um tunlichst baldige Beschlußfassung gebeten.